Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 1000 Mark. Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53. Telegramme: Tageblatt Auererzgebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Anzeigenpreis für die siebengespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 70.00 Mark, auswärtige Anzeigen 90.00 Mark, Reklame-Petitzeile 300.00 Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 38 | Mittwoch, den 14. Februar 1923 | 18. Jahrgang

Wucherbekämpfung.

Bei der Beratung des Notgesetzes im Reichstag am vergangenen Montag hat der rheinische sozialistische Abg. Sollmann erklärt, die Sozialdemokratie wolle aus diesem Notgesetz ein Kampfgesetz gegen alle diejenigen machen, die aus gemeiner Habsucht die Widerstandskraft des deutschen Volkes schwächen. Der Sitzungsbericht verzeichnet zwar zu diesen Worten nur ein „Sehr richtig links". Man darf aber ruhig annehmen, daß sie den Beifall des ganzen Hauses hatten und daß alle Parteien es als eine heilige vaterländische Aufgabe betrachten, ihre ganze Kraft gegen die Hauptschäden dieser Tage, den Wucher und die Preistreiberei, einzusetzen. Denn alle noch so heroischen Opfer der Ruhrbevölkerung und alle Opfer, die noch von dem unbesetzten Deutschland gefordert werden, müssen vergeblich bleiben, wenn der Widerstand von Habsucht und Profitgier unterwühlt wird, wenn es nicht gelingt, diesen Verbrechern das schmutzige Handwerk zu legen. Es muß alles versucht werden, das Volk vor diesen Schändern des deutschen Namens zu schützen. So schwach ist denn auch der Staat nicht, daß er tatenlos zusehen müßte, wie gewissenlose Gesellen sich an der allgemeinen Not bereichern, aber freilich ist er auch nicht so allmächtig, daß er von sich aus allein all diese Schändlichkeiten verhindern könnte. Er kann nicht in die Kontore der Produzenten, der Großhändler, kann nicht hinter jeden Zwischenhändler und jede Bäuerin, kann nicht in den Laden jedes Kleinhändlers einen Schutzmann stellen.

Das Notgesetz sieht nicht nur Freiheitsstrafen von drei Monaten und mehr und Geldstrafen von hunderttausend Mark und mehr vor, sondern ordnet daneben auch stets die öffentliche Bekanntmachung der Verurteilung durch eine Tageszeitung sowie den öffentlichen Anschlag auf Kosten der Verurteilten an. Und zwar erfolgt dieser öffentliche Anschlag nicht nur an den Anschlagsäulen, Gemeindetafeln usw., sondern in erster Linie an und in dem Geschäftsraum des Schuldigen selbst. Er muß also seine eigene Schande an seiner Ladentüre, in seinem Schaufenster und in seinen eigenen Geschäftsräumen verkünden, und jeder Käufer wird auf diese Weise erfahren, mit wem er es zu tun hat.

Daß mit dieser Gesetzesbestimmung nicht gespaßt wird, dafür liegen schon Beweise vor. In der Reichshauptstadt wurden am gestrigen Dienstag wegen Preistreiberei und ähnlicher Delikte die Namen von 35 Kaufleuten und Händlern und wegen Zurückhaltung von Waren im Werte von vielen Millionen, die zudem noch beschlagnahmt worden sind, die Namen von weiteren 14 Händlern veröffentlicht. Wenn in diesem Tempo erbarmungslos fortgefahren wird, dann wird man sich davon eine recht heilsame Wirkung versprechen dürfen.

Eine solche rasche Wirkung ist auch umso notwendiger, als die Regierung noch ein weiteres Mittel ergriffen hat. Es ist kein Zweifel, daß die Markbesserung um fast hundert Prozent in vierzehn Tagen auf Interventionen der Reichsbank zurückzuführen ist, die große Devisenbeträge auf den Markt geworfen hat. Da die Preise mit jedem Sprunge des Dollars in die Höhe gingen, so ist es also höchste Zeit, daß sie jetzt ebenso rasch wieder sinken. Dazu kann und muß die Bevölkerung aber das Ihrige beitragen. Jede Preistreiberei, jeden Wucher, jede Zurückhaltung von Waren muß unnachsichtig zur Anzeige gebracht werden. Dann wird es rasch anders und besser werden. Der Staat ist stark und mächtig, wenn seine Bürger und Bürgerinnen es nur wollen.

Die französische Gewaltherrschaft.

Wesel und Emmerich.

Die Besetzung von Emmerich und Wesel ist gestern früh von belgischen Truppen durchgeführt worden. Für die Besetzung wird als Grund die Kontrolle der aus Holland kommenden Kähne angegeben. Die deutschen Zollbeamten sollen zurückgezogen werden. Die Straße von Emmerich nach dem Rhein ist voll von belgischen Kolonnen.

Die in der Frühe des Dienstags vollzogene Besetzung von Wesel und Emmerich durch belgische Truppen bedeutet eine Ausdehnung der Gewalt, gegen die von deutscher Seite sofort mit schärfstem Protest und mit der Ablehnung einer offiziellen Kenntnisnahme dieses neuen Streiches geantwortet worden ist. Dieser Widerstand ändert selbstverständlich nichts an der Tatsache, daß durch die Ausdehnung des neuen Besetzungsgebietes der Druck der französisch-belgischen Okkupation verschärft wird. Sie begnügt sich aus keineswegs mit der Ausweitung ihrer Macht, sondern sucht auch durch weitere Anspannung ihrer Verwaltungsmaßnahmen den deutschen Widerstand zu zerbrechen. Der französische General Weygand hat die diktatorische Obergewalt über das Ruhrgebiet erhalten, was darauf schließen läßt, daß die Okkupation von Wesel und Emmerich ebenfalls auf französische Anordnung geschehen ist, der sich die Belgier auch hier gefügig gezeigt haben. Die Erkenntnis der Unfähigkeit auch mit einem auf diese Weise militärisch und technisch gesteigertem Druck etwas durchzusetzen, hat inzwischen die französische Politik zu merkwürdigen Schritten geführt, die sehr offene Zugeständnisse ihrer Ohnmacht gegenüber dem deutschen Abwehrwillen bedeuten. Dazu gehört das Ansuchen an die englische Besatzungsbehörde, Kohlenzüge durch das ihr unterstellte Gebiet fahren zu dürfen, das nach einer Pariser Meldung von den Engländern abschlägig beschieden worden ist, und dazu gehört vor allem das ganz besonders auffällige Ansinnen an Holland, gegen die Lieferung von Kohlen die holländische Bahnstrecke über Mastricht und Löwen nach Brüssel für die französischen Transporte aus dem Ruhrgebiet zur Verfügung zu stellen. Auch hier ist die Ablehnung mit Bestimmtheit vorauszusehen, und die Erkenntnis der Unmöglichkeit aus eigener Kraft die Ruhrkohle abzutransportieren, muß schon sehr deprimierend auf die französischen Gewalthaber gewirkt haben, wenn sie sich trotz dieser Voraussicht zu solchen Schritten entschließen konnten. Militärisch und wirtschaftlich bringt ihnen auch die fünfte Woche der Zwangsherrschaft über das Ruhrgebiet und des verschärften Druckes im altbesetzten Gebiet nicht den bescheidensten Fortschritt, und die moralische Wirkung, die sie durch ihre Aussperrung deutscher Minister und durch die unverblümte Drohung gegen den Reichspräsidenten zu erzielen hoffte, ist schnell in ihr Gegenteil umgeschlagen und wird auch gegenüber dem Ausland einen für Frankreich nicht gerade vorteilhaften Eindruck machen. Letzten Endes weiß man sich in Paris nicht anders zu helfen, als damit, daß man immer neue Truppen gegen Rhein und Ruhr in Bewegung setzt. Man steigert auf diese Weise zwar die Bedrückung der deutschen Bevölkerung, nicht minder aber die Kosten des Unternehmens, denen jemals auch nur der bescheidenste Ertrag gegenüberstehen wird.

Darmstadt gefährdet.

Nach „Echo de Paris" ist auch die Besetzung Darmstadts möglich, um die vollkommene Zollüberwachung an den Grenzen des besetzten Gebietes durchführen zu können.

Mordtaten der Franzosen.

Der in Ausübung seines Dienstes am Montag von französischen Soldaten schwer verletzte Oberwachtmeister der Schupo Hutmacher ist seinen Verletzungen erlegen.

In Recklinghausen wurde einem Gemüsehändler durch einen Kolbenschlag der Schädel aufgeschlagen, so daß der Tod sofort eintrat. Die Leiche wurde in die Engelburg geschafft und ist bisher noch nicht freigegeben worden.

In Buer wurde der Polizeibetriebsassistent Schneider durch einen Gewehrschuß in den rechten Oberschenkel schwer verwundet.

Von den Franzosen sind die Bahnhöfe Wanne, Herne und Recklinghausen-Süd geräumt worden. Der Betrieb ist vom deutschen Personal wieder aufgenommen worden. Die Franzosen ließen sich hierbei wieder zu Gewalttaten hinreißen. Ein Zugführer aus Witten wurde durch einen Kolbenhieb so schwer verletzt, daß er bald danach verstarb. Ein Postaushelfer, der nach Ansicht der Franzosen den Postwagen nicht rasch genug verließ, erhielt einen Lungenstich.

In Bischofsheim schlossen die Franzosen den Oberbahnmeister Bückert, einen der tüchtigsten Beamten, drei Tage lang in seiner Wohnung ein und hielten ihn hier unter strenger militärischer Bewachung fest. Am Sonntag früh ist der wackere Mann infolge der seelischen Aufregung an einem Herzschlag gestorben.

Wie mitgeteilt wird, werden in Essen Zivilisten auf der Straße von französischen Offizieren blindlings mit der Reitpeitsche bearbeitet. So sind bei einer Polizeiwache an einem Tage allein 22 Anzeigen über Mißhandlungen deutscher Zivilisten eingegangen.

Bajonettangriff auf Schüler.

Am 9. Februar, nachmittags gegen 3 Uhr, nach Schließung der Oberrealschule waren etwa 20 Schüler mit bunten Mützen auf dem Heimwege im Gespräch über die bevorstehende Prüfung, als ein Offizier in Begleitung einer Kolonne sich den Schülern näherte. Auf ein Zeichen des Offiziers fiel die Kolonne über die wehrlosen Schüler her, trieben sie mit Kolbenstößen, Bajonetten und Reitpeitschen auseinander und verfolgten sie. Nach kurzer Zeit wälzten sich auch mehrere in ihrem Blute am Boden, die übrigen retteten sich mit blutüberströmtem Gesicht in die Häuser. Bisher wurden drei Schwerverletzte festgestellt, darunter einer mit einer lebensgefährlichen Stichwunde. Die genaue Anzahl der Leichtverletzten ließ sich nicht feststellen, da die Schüler noch nicht wieder zusammengekommen sind.

Unerhörtes Verhalten der Franzosen in Gelsenkirchen.

Am Dienstag vormittag 9.30 Uhr besetzte ein großes französisches Truppenaufgebot mit Kavallerie und Infanterie die Stadt Gelsenkirchen. Die in den einzelnen Stadtteilen liegenden Schupo-Abteilungen wurden aus ihren Unterkünften hervorgeholt und unter starker Bewachung geschlossen abgeführt. Dabei kam es zu entsetzlichen Mißhandlungen der Schupobeamten durch das französische Militär, das mit Kolben und Bajonetten auf die entwaffneten und wehrlosen Beamten losschlug. Mit teilweise blutüberströmten Gesichtern und unter fortwährenden neuen Kolbenstößen wurden die Beamten über die Straße geführt. Der Bevölkerung bemächtigte sich eine ungeheure Erregung.

Um 11 Uhr besetzten die Franzosen das Polizeipräsidium und verhafteten den Polizeipräsidenten. Auch das Rathaus und das Hauptpostamt wurden besetzt. Der Post- und Telegraphendirektor, den die Franzosen verhaftet hatten, wurde später wieder freigelassen. Augenblicklich sind die Franzosen dabei, an allen Straßenecken Posten und Panzerautos aufzustellen. Alle Automobile, Lastkraftwagen und Personenwagen werden beschlagnahmt. Die Bevölkerung, die in dichten Scharen die Stadt durchzieht, sieht dem militärischen Schauspiel mit verbissener Empörung zu. Inzwischen wurden auch der Oberbürgermeister v. Wendelstädt und der Bürgermeister Antoni verhaftet. Das Personal der Oberbürgermeisterei ist in einen Abwehrstreik eingetreten.

Die Franzosen rauben Geschäfte aus.

Nach einer Meldung des B. T. aus Gelsenkirchen nehmen dort die Franzosen nach dem Inkrafttreten der Verkaufssperre aus den Läden was ihnen beliebt. Gestern erschien ein französischer Zivilist in einer Buchhandlung und holte, als er von dem Verkäufer abgewiesen wurde, sofort einige Soldaten zur Unterstützung herbei. Darauf nahm der Franzose eine Reihe von Büchern aus den Beständen heraus, warf 2000 Mark auf den Tisch und verschwand. Der Wert der entwendeten Bücher beläuft sich auf 30 000 Mark. In einem Delikatessengeschäft nahmen französische Soldaten die verschiedensten Waren fort, ohne auch nur einen Pfennig zu bezahlen.

Erlaubnis zum Plündern.

Die Boykottbewegung gegen die Franzosen in Essen führte zu gefährlichen Zwischenfällen. In einer Anzahl von Straßen, wo die Geschäftsinhaber den Verkauf an Franzosen verweigert hatten, kehrten diese mit starken Patrouillen zurück, drangen in die Geschäfte ein, richteten ein Durcheinander an, eigneten sich Gegenstände an und ließen einen weit geringeren Betrag zurück, als dem Wert der mitgenommenen Waren entsprach. In verschiedenen Restaurants, die gleichfalls die Bedienung der Franzosen ablehnten, wurden Personal und Publikum unter Drohungen und Mißhandlungen von den Militärs auf die Straße getrieben, wobei die Betroffenen oft nicht einmal ihre Garderobe mitnehmen konnten. Auf den Straßen machte sich infolge der Gewaltakte der Franzosen eine starke Erregung bemerkbar.

Das Vorgehen der Franzosen in den Geschäften, das von der Bevölkerung als gemeiner Raub empfunden wird, ist größtenteils auf die Verordnung des französischen Divisionsgenerals zurückzuführen, der in einem Schreiben an die Stadtverwaltung angekündigt hatte, daß er den ihm unterstellten Truppen mit Rücksicht auf die zögernde Ausführung der Requisitionsbefehle, Befehl gegeben habe, sich selbst zu bedienen. (!)

Der Oberbürgermeister, dessen Stellvertreter, ferner der Polizeipräsident, der Post- und der Telegraphendirektor wurden verhaftet. Das Post- und Telegraphenamt ist von französischen Soldaten besetzt.

Die Franzosen setzen die Beschlagnahme von Kohle fort, ohne Rücksicht darauf, für welche Zwecke sie berücksichtigt ist. Gestern wurde in Wanne sogar in einer Brotfabrik der gesamte Kohlenvorrat von 40 Zentnern beschlagnahmt.

Die Güterblockade.

Die Güterblockade ist seit Montag nachmittag wirksam geworden. Auf dem Bahnhof Apperbeck sind 14 Eisenbahnwagen mit Kruppschen Halbzeugfabrikaten, auf dem Bahnhof Brake ist ein Stückgut festgehalten worden. Vor Hengstei ist ein Personenzug auf freier Strecke zum Halten gezwungen worden. Ein fahrender Kohlenzug wurde von den Franzosen beschossen.

Der Griff nach den Ruhreisenbahnen.

Der Direktor des französischen Eisenbahndepartements im Verkehrsministerium und der stellvertretende Direktor der Staatseisenbahnen, Breand, haben sich nach Düsseldorf begeben, wo sie zusammen mit dem General Payot und dem belgischen Chefingenieur die Uebernahme der Rhein-Ruhreisenbahnen durch die Franzosen [illegible] wollen. Die Beschlüsse der französischen und belgischen Regierung in dieser Frage werden durch Maueranschlag [illegible] lichen Eisenbahnern bekanntgegeben werden.